

reich Ernährung und Lebensmittel werden 9 von 17 Instituten aufgelöst. Insgesamt fast 500 Planstellen werden gestrichen und Etatkürzungen umgesetzt. Und das, obwohl Seehofer der Ansicht ist, daß die Bundesforschung als ein „exzellentes Beratungsinstrument“ für die Arbeit seines Ministeriums unverzichtbar sei. Staatssekretär Lindemann läßt die Spitzen der sieben Bundesforschungsanstalten am 7. November 2006 ins Berliner Bundesministerium, um den „Kahlschlag in der Agrarforschung“, so die Grünen, festzuzurren. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft und die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Braunschweig, die Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen in Quedlinburg, das Friedrich-Loeffler-Institut in Greifswald-Insel Riems, die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel in Karlsruhe, die Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft und die Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg, sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information in Bonn.

Die WissenschaftlerInnen der Bundesforschungsanstalten kritisieren an den gerade bekanntgewordenen Sparplänen den Mangel an inhaltlicher Diskussion und den anhaltenden Abbau der Umweltforschung. I.L. ●

## Atomwirtschaft

### Kein Geld für Risikoreaktor

**Die Deutsche Bank und die HypoVereinsbank ziehen sich aus der Finanzierung des Atomkraftwerks Belene in Bulgarien zurück.**

Einen Teilsieg in ihrem Kampf gegen das bulgarische Atomkraftwerk Belene haben

die Umweltgruppen Urgewald, Ausgestrahlt und Greenpeace errungen. Deutsche Bank und HypoVereinsbank haben am Abend des 19. Oktober 2006 erklärt, sich nicht an der Finanzierung des umstrittenen Atomkraftwerks zu beteiligen. In einem Fax der Deutschen Bank heißt es: „An einer Finanzierung des Kraftwerks Belene werden wir uns nicht beteiligen“. Die HypoVereinsbank schreibt, daß man sich „aus geschäftspolitischen Gründen“ von dem Projekt verabschiede. „Damit bricht dem umstrittenen Atomkraftwerk ein wichtiger Pfeiler seiner Finanzierung weg“, erklärt Heinz Smital von Greenpeace. „Hoffen wir, daß das der erste Schritt vom Ende des gefährlichen Projekts ist.“

In Belene, einer kleinen Stadt im Norden Bulgariens an der Grenze zu Rumänien, soll ein Atomkraftwerk gebaut werden, obwohl das Gebiet erdbebengefährdet ist. 1977 zerstörte ein schweres Erdbeben mehrere Dörfer der Umgebung, 200 Menschen kamen damals ums Leben. Kleinere Erdbeben mehrmals im Monat sind dort an der Tagesordnung. Umweltschützer sowohl vor Ort als auch in Österreich und Deutschland kämpfen deshalb seit langem gegen das Atomkraftwerk. „Geplant ist in Belene ein Atomkraftwerk russischen Reaktortyps, das in Westeuropa nicht genehmigt würde, weil es den Sicherheitsstandards nicht genügt“, sagt Smital. Am 18. Oktober 2006 hatten sich Umweltschützer in Wien zu Gesprächen mit der Deutschen Bank und UniCredit, der Muttergesellschaft der HypoVereinsbank, getroffen. Dabei hatten die Banken bereits signalisiert, sie hätten registriert, daß ihre Kunden eine Finanzierung des umstrittenen Projekts ablehnen würden. Die Umweltgruppen hatten über Monate Proteste organisiert, seit 2003 arbeiten sie gegen das Projekt. ●

## Atomwirtschaft

### Kanadisches Uranbergwerk säuft ab

Das Betreiberkonsortium unter Leitung der kanadischen Cameco Corporation kann das Eindringen von Wasser in den geplanten Abbau der Cigar Lake Lagerstätte im Norden Saskatchewan nicht verhindern, nachdem es am 22. Oktober 2006 in der Folge eines Einsturzes unter Tage zu einem massiven Wassereintrich in der Abbauregion gekommen war. „In einigen Tagen steht das gesamte Bergwerk unter Wasser“, erklärte Gerald W. Grandey, Präsident der weltweit führenden kanadischen Bergbaugesellschaft Cameco Corporation am darauffolgenden Tag auf einer eiligst einberufenen Pressekonferenz in Saskatoon, dem Sitz des Unternehmens.

Cigar Lake zählt zu den größten und noch nicht ausgebeuteten Uranlagerstätten der Welt. Mit einem extrem hohen Gehalt von 16,8 Prozent Uran im Gestein liegt Cigar Lake um den Faktor 100 über dem Urangehalt einer durchschnittlichen Lagerstätte in den USA. Das Bergwerk sollte ab 2007 den Weltmarkt mit einem beträchtlichen Anteil von 6923 Tonnen Uranmetall jährlich versorgen. Cigar Lake nährte die Legende, Uran stehe der Menschheit noch länger zur Verfügung als andere fossile Energieträger. Doch vorerst herrscht Ratlosigkeit vor Ort. Grandey räumte ein, daß sich nun große Probleme mit Radioaktivität und insbesondere auch der Radonbelastung in Cigar Lake stellen würden. Die Kapazität der Pumpen sei auf diese Wassermassen nicht ausgelegt und die Wasserreinigungsanlage noch nicht fertiggestellt.

Umweltschützer forderten Cameco auf, alles zu unternehmen, um die Konta-

mination des Grundwassers zu verhindern und den Uranabbau in Cigar Lake zu unterlassen. Schon am 6. April 2006 hatte es dort in 329 Metern Tiefe einen beachtlichen Wassereintrich gegeben. Das Betreiberkonsortium bemühe sich, die schwierigen Förderbedingungen durch modernste Technik und „Kreativität der Mitarbeiter vor Ort“ zu meistern, hieß es.

Inge Lindemann ●

## Uranbergbau

### Wismut-Umweltbericht 2005 veröffentlicht

Wie in den vergangenen Jahren veröffentlichte jetzt die Wismut GmbH, die bundeseigene Sanierungsgesellschaft für die frühere sowjetisch-deutsche Uranerzbergbau-Firma SDAG Wismut in Sachsen und Thüringen, Ergebnisse ihrer Sanierungstätigkeit und Umweltüberwachung in einem Jahresbericht für 2005. Er kann von der Homepage des Unternehmens unter [www.wismut.de/aktuell/umweltberichte.php](http://www.wismut.de/aktuell/umweltberichte.php) heruntergeladen werden. Der Bericht enthält ausgewählte Beispiele für den Sanierungsfortschritt und nach Einschätzung des Unternehmens „relevante Ergebnisse der Umweltüberwachung“ an verschiedenen Unternehmensstandorten. Seit dem Umweltbericht 2001 will man sich allerdings beim ehemaligen Uranbergbaubetrieb Wismut „nicht mehr rechtfertigen“ und kündigte deshalb ein zuvor eingegangenes Gentlemen's Agreement mit der Öffentlichkeit. Unzureichende Umweltberichte über den Sanierungsfortschritt bei der Wismut GmbH beklagt man deshalb seitdem auch beim Kirchlichen Umweltkreis Ronneburg. Die zuvor erschienenen öffentlichen Berichte hatten unter der Zielstellung gestanden, für den jeweiligen Expositions- und